Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 266. | Dresden, Donnerstag den 15. November 1917. | 28. Jahrg.

Dunst und Nebel in Flandern. – Höhenstellungen in Albanien von den Franzosen geräumt.

(W. T. B.) **Amtlich. Großes Hauptquartier, den 15. November 1917.**

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dunst und Nebel blieb die Artillerietätigkeit im allgemeinen mäßig; sie steigerte sich bei Dixmuiden und in einzelnen Abschnitten des flandrischen Kampffeldes am Abend zu größerer Stärke.

In erfolgreichen Erkundungsgefechten blieben Gefangene und Maschinengewehre in unserer Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

In Albanien räumten die Franzosen Höhenstellungen westlich vom Ochrida-See.

Italienische Front.

Unsere im Gebirge von Fonzaso und Feltre südwärts vorgedrungenen Abteilungen stehen in Gefechtsberührung mit dem Feinde.

An der unteren Piave nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Krisenluft im Westen.

Der Sturz des Kabinetts Painlevé ist zunächst kein Ereignis von internationaler Bedeutung, sondern nur eine innere französische Angelegenheit. Wer immer die Nachfolge des gestürzten Ministerpräsidenten antreten wird, die auswärtige Politik Frankreichs wird dadurch nicht geändert werden, wenigstens nicht in einem dem Frieden günstigen Sinne. Die bürgerlichen Parteien der Kammer und die Mehrheitssozialisten wollen den Krieg bis zur Eroberung von Elsaß-Lothringen fortführen, und selbst die Minderheitssozialisten wollen auf Elsaß-Lothringen nicht verzichten: sie schlagen eine Volksabstimmung vor, bei der alle seit 1871 nach Elsaß-Lothringen Eingewanderten ausgeschlossen sein sollen, und hoffen durch das Alt-Elsässertum, das zur Zeit durch die Militärherrschaft der Deutschen im Lande schwer verärgert ist, Elsaß-Lothringen für Frankreich wieder zu gewinnen. Alle anderen Parteien wollen selbst von dieser Volksabstimmung nichts wissen, sondern fordern die glatte Annexion, wozu natürlich die bisher noch nicht errungenen Siege die unentbehrliche Voraussetzung bilden.

Es ist ziemlich gleichgültig, ob der leitende Mann Frankreichs Painlevé oder Briand oder Clemenceau oder auch sogar Albert Thomas heißt. Sie alle werden dasselbe Lied singen, daß der Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, bis zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens weitergeführt werden müsse, in der politischen und wirtschaftlichen Verfassung Frankreichs wird sich inzwischen nichts ändern.

Von viel größerer Bedeutung als der französische Ministerwechsel könnte es sein, wenn sich die Gerüchte bewahrheiten sollten, nach denen die Stellung Lloyd Georges äußerst gefährdet ist.

Der temperamentvolle Diktator Englands hat durch seine Pariser Rede einen heftigen Sturm des Unwillens erregt, und sein Auftreten in Paris wird von den verschiedensten Seiten aus den verschiedensten Gründen scharf verurteilt. Man wirft ihm vor, daß er durch die Errichtung des gemeinsamen Kriegsrats ohne Befragung des Parlaments das Land vor eine vollendete Tatsache gestellt habe.

Lloyd George aber ist der Hauptträger der englischen Kriegsstimmung. Als Kriegstreiber von der äußersten Linken hat er das ganze Land mit Einschluß eines großen Teils der Arbeiter mit sich zu reißen verstanden.

Sein Sturz würde zwar noch nicht den Frieden bringen, aber den Elementen Englands, die einem Verständigungsfrieden nicht abgeneigt sind, eines der stärksten Hindernisse aus dem Wege räumen. Da England an Elsaß-Lothringen, um das nach Herrn von Kühlmanns Wort nur noch allein gekämpft wird, nicht so interessiert ist wie Frankreich, wäre — wenn auch auf Umwegen — ein Einlenken Englands in die Bahn des Verständigungsfriedens denkbar. England würde aus diesem Frieden als dasselbe Weltreich hervorgehen, als das es in den Krieg hineingegangen ist, es müßte aber die Existenz des Deutschen Reiches nicht über sich, sondern neben sich anerkennen. In England hat der gesunde Menschenverstand noch nicht die letzte Schlacht geschlagen, sein Hauptfeind ist aber heute der begeisterte Friedensfreund von einst, Lloyd George, und wenn er fiele, dürfte die ganze Welt, England nicht zuletzt, erleichtert aufatmen.

Sturz des Ministeriums Painlevé.

Von M. Beer.

Seit dem Beginn des vierten Kriegsjahres scheint Frankreich in einem bodenlosen Schlamm von Skandalaffären untergetaucht zu sein. Vergeblich hatte sich eine schnelle und geheime Hand bemüht, Almereydas Mund auf immer zu stopfen — der Ausbruch der Korruption war nicht mehr aufzuhalten. Eine ganze Reihe problematischer Gestalten: Duval, Turmel, Bolo Pascha, Senator Humbert, Lenoir, Nunnier, Léon Daudet usw. tauchten in der Oeffentlichkeit auf, teils als Angeklagte, teils als Ankläger und Verschwörer, die die Atmosphäre Frankreichs mit Mißtrauen, Unruhe und Angst füllten und auch Männer wie Malvy, Caillaux und Paix-Séailles in den Verdacht brachten, am Vaterlandsverrat beteiligt zu sein.

Die Blicke der Nation richteten sich in dieser kritischen Zeit auf den Ministerpräsidenten Painlevé und warteten ängstlich auf eine befreiende Tat. Es geschah jedoch nichts, um die Nation zu beruhigen. Painlevé hatte doch als Minister Gelegenheit genug, hinter die Kulissen der Finanzoligarchie Frankreichs zu blicken und von deren unsauberen Machinationen einige Kenntnis zu erhalten. Als jedoch der royalistische Léon Daudet es wagte, den Minister des Innern, Malvy, des Vaterlandsverrats zu zeihen, da glaubte das französische Volk, daß die Zeit gekommen sei, den Verleumdern den Prozeß zu machen. Anstatt aber mit den Todfeinden der Republik abzurechnen, lud sie Painlevé zu einer freundlichen Unterredung ein und fertigte dann die ganze Angelegenheit mit einer jener fadenscheinigen Phrasen ab, die den französischen Parlamentariern zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Die Enttäuschung war allgemein. Der Kampf gegen Painlevé nahm hierauf schärfere Formen an. Um sich zu retten, ließ er bei den Royalisten haussuchen, da diese angeblich Waffen versteckt hatten, um in einem ihnen günstigen Momente einen Aufstand gegen die Republik in Szene zu setzen. Das Ergebnis der Haussuchungen war ein Mißerfolg der Regierung. Die Waffen der modernen Royalisten sind nicht mehr Gewehre und Geschütze, sondern Verdächtigungen und Verleumdungen.

Diesen erfolglosen Ministerpräsidenten gegenüber hatten die Clemenceau, Briand sowie die Sozialisten Thomas und Renaudel ein leichtes Spiel. Painlevé, der die Lage mißverstand, versuchte vorerst, seinen Kollegen Ribot dem Volkszorne zu opfern. Er warf ihn über Bord und ersetzte ihn durch Barthou, um sich hierdurch die Gunst der Kriegshetzer und Chauvinisten zu erwerben. Die Opposition blieb jedoch unerbittlich. Sie beharrte auf ihrer Forderung nach einer starken, tatkräftigen Regierung, die das Volk begeistern, die Kriegsmüdigkeit und die öffentlichen Mißstände beseitigen könnte.

In Wahrheit brauchte Frankreich einen Herkules, um den Augiasstall reinigen zu können. Clemenceau glaubt noch, dieser Aufgabe gewachsen zu sein; nur verlangt er die Mitarbeit der Sozialisten. Denn er steht im schlechtem Ruf bei dem Proletariat, daß die Brutalität des alten Tigers oft genug zu spüren bekam. Nähmen die Sozialisten die Werbungen ihres verbissensten Gegners an, so wäre ein Ministerium Clemenceau-Briand-Thomas wahrscheinlich. Halten sie, wie anzunehmen, ihre Absage an Clemenceau aufrecht, dürfte dieser als Anwärter ausscheiden.

Painlevés Schwanengesang.

In einer Erklärung, die Painlevé abgab, bevor die Abstimmung stattfand, die seinen Rücktritt veranlaßte, führte er folgendes aus:

Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit verpflichteten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits haben sich die Extremisten von Petersburg dieser Stadt vorübergehend bemächtigt, andrerseits haben die Russen an der Ostfront den Deutschen erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Die italienische Nordostfront ist durchbrochen worden und die zweite italienische Armee hat auf ihrem beklagenswerten Rückzuge erhebliche Verluste erlitten. Venetien stand dem feindlichen Einbruche offen. Französische Truppen sind herbeigeeilt und haben ihren Platz an der italienischen Front eingenommen. Heute ergießen sich nun englische Truppen jenseits der Alpen. Die Nationen, die die Westfront von der Nordsee bis zur Adria hielten, könnten nur auf Grund eines gemeinsamen Planes und enger Verbindung ihrer Heere ihre Aufgabe lösen. Dieses Bestreben führte durchweg zur Vereinheitlichung der kriegerischen Tätigkeit Englands, Frankreichs und Italiens in einem gemeinsamen obersten Kriegsrat, zu dem jede Regierung zwei Vertreter entsendet. Auch England und Frankreich sehen diese Einrichtung als einen ungeheuren Fortschritt an. Bezüglich der Verlängerung der englischen Front erklärte Painlevé, daß ein vorläufiges Einverständnis zwischen den beiden Oberbefehlshabern getroffen worden sei. Gerade jetzt angesichts der Kriegsvorgänge der Aisne-Front weitere Jahrgänge zu entziehen, sei untunlich. Bezüglich eines gemeinsamen planmäßigen Vorgehens in der Versorgung der verbündeten Länder mit Lebensmitteln sei bereits ein Einverständnis erreicht. Sparsamkeit sei nötig behufs Ersparnis von Schiffsraum zur Ueberführung amerikanischer Truppen. Frankreich werde sich weder durch Drohungen des Feindes, noch durch Kriegsglückslaunen erschüttern lassen, bis es die Forderungen der Gerechtigkeit und seinen Willen durchgesetzt habe. (Lebhafter Beifall.)

Painlevé erklärte sodann, jede Interpellation diplomatischer oder militärischer Natur anzunehmen, weigere sich aber, Fragen der inneren Politik zu erörtern. Der gemäßigte Sozialistenführer Renaudel forderte Painlevé auf, die Kammer seine in London und Italien betriebene Politik wissen zu lassen.

Painlevé antwortete, die Kammer möge selbst erklären, ob die Regierung die nötige Autorität zur Vertretung Frankreichs auf der gemeinsamen Beratung der Verbündeten habe. Selbst bei Ernennung eines Oberbefehlshabers könnte dieser nur mit dem gemeinsamen ständigen Generalstab zusammenarbeiten, der die größten Dienste leisten werde. Die Lage in Italien erklärte Painlevé für peinlich. Die Regierung werde vor keiner Verantwortung zurückschrecken, um der Lage die Stirn zu bieten. Auch die Verbündeten würden dann nicht zögern, ihre Pflicht zu tun.

Nachdem die Kammer, wie bereits gemeldet, die von der Regierung angenommene Tagesordnung mit 250 gegen 192 Stimmen angenommen hatte, verlangte Painlevé die Verlegung des Zeitpunktes der Besprechung der Interpellation über die innere Politik und über verschiedene schwebende gerichtliche Verfahren bis nach der Beratung der Verbündeten. Painlevé bestand auf Verschiebung der Interpellationen auf den 30. November, worauf die Vertagung der Interpellationen von der Kammer mit 277 gegen 186 Stimmen abgelehnt wurde. Die Mitglieder der Regierung verließen hierauf inmitten großer Bewegung den Saal.

•

Clemenceau als Nachfolger Painlevés.

Unter den Kandidaten für Painlevés Nachfolge scheinen Clemenceau und Briand in engere Wahl zu treten. Für Clemenceau bieten der Senat und gewisse Pariser Gesandtschaften, offenbar die englische und die amerikanische, ihren Einfluß auf. Clemenceau hat sein Ministerium bereits vorbereitet. Es soll ein zwölfgliedriges Kabinett werden, deren Hauptposten durch Clemenceaus engere Freunde aus dem Senat besetzt würden, vor allem von Pichon.

•

Paris, 13. November. Der Senat nahm die von Bolo verlangte Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Senators Charles Humbert an.

•

Der getadelte Lloyd George.

Lloyd George hat mit seiner letzten Pariser Frühstücksrede in England argen Anstoß erregt. Es war offenbar seine Absicht gewesen, durch eine offene Schilderung der für die Entente ungünstigen Lage seine Landsleute zur äußersten Kraftanstrengung anzuspornen. Aber einem Teil der englischen Presse ist die Rede zu offen und nicht siegesgewiß genug gewesen. Die Leute, die in den Redaktionen dieser Blätter sitzen, sind offenbar der Meinung, daß dem englischen Volk möglichst viel blaue Dunst vorgemacht und der wahre Stand der Dinge verschleiert werden muß, damit bei ihm der Willen zur Fortführung des Krieges erhalten bleibt.

•

Rotterdam, 14. November. Nicholson schreibt in Daily News. „Lloyd Georges Rede hat eine sehr ernste politische Lage herbeigeführt. Die konservativen Mitglieder des Kabinetts sind empört, daß sie nicht vorher über den Inhalt der Rede gehört wurden. Die konservative Partei im Unterhause wendet sich gegen die Rede, die man eine deutschfreundliche Propaganda nenne. Man befürchtet, daß dies in Amerika und in den neutralen Ländern eine schlechte Wirkung haben wird. Man äußert, daß England die Bundesgenossen in allen Fällen im Stiche lasse, anstatt zu helfen." Der parlamentarische Mitarbeiter des Daily Telegraph erklärt, in den Couloirs des Parlaments herrsche ebenfalls Entrüstung wegen der Lage, die herbeigeführt worden ist. Einige Unionisten und viele Radikale wiesen auf eine bevorstehende Krise hin. Der Star schreibt in einem Leitartikel: „Das englische Heer hat unbegrenztes Vertrauen in Haig und Robertson in dem Augenblick, da es nach der italienischen Front geworfen wird, um 1917 zu tun, was es 1914 bei Mons und Ypern tat; es ist verkehrt an dem Glauben in die Befehlshaber zu rütteln. Deshalb halten wir Lloyd Georges Rede für einen bedauernswerten Mißgriff. Die Rede ist hysterisch und voller Widersprüche. Er war und ist verantwortlich für jeden dieser unglaublichen Mißgriffe. Er versuchte zu beweisen, daß Italiens Unheil dem Mangel an Einheit zuzuschreiben war. Nein, das Unheil wurde nicht verursacht dadurch, daß Frankreich und England sich weigerten, Geschütze und Mannschaften zu senden. Die Italiener verlangten dies gar nicht. Die Wahrheit über Serbien ist, daß wir weder Männer noch Kanonen zu entbehren hatten. Diese waren verspielt auf Gallipoli. Die Wahrheit über Rumänien ist, daß Stürmer es verraten hat. Die Wahrheit über Italien ist, daß eines der italienischen Heere mangelhaft geblieben ist. Kein Kriegsrat hätte dies ändern können." Der Globe sagt: „Lloyd George ist ein gefährlicher Volksleiter und nicht wählerisch in seinen Mitteln. **Das Volk wird nachdrücklich fordern, daß er zurücktrete. Es ist besser, tausend Lloyd George als den Krieg zu verlieren.** Was unsere Soldaten schon lange fürchteten, ist im Begriffe zu geschehen. Möchte die Nation eingreifen, um ihm zuvorzukommen."

•

Lloyd Georges Stellung erschüttert?

Amsterdam, 14. November. Das Handelsblad meldet aus London: Lloyd Georges Premierschaft sei wegen der Pariser Rede äußerst gefährdet. Die Rede habe in Parlament und Publikum große Erregung hervorgerufen. Viel bemerkt wurde auch, daß Asquith einen bei ihm nie gekannten herausfordernden Ton anschlug, als er die Frage stellte, ob **Lloyd George über die höchst ernsthaften Dinge seiner Pariser Rede im Unterhause eine Erklärung abgeben wolle.**

Amsterdam, 14. November. Allgemeen Handelsblad meldet aus London, daß Lloyd George heute im Unterhause die Erklärung abgeben werde, die Asquith gestern gewünscht hat. Nächste Woche wird es dann zu einer großen Debatte darüber kommen.

•

Neue englische Kriegsmaßnahmen.

Die neuen Erklärungen Bonar Laws über die Weiterdauer des Krieges sind von Maßnahmen begleitet, die eine sprunghafte Erhöhung der militärischen und wirtschaftlichen Inanspruchnahme mit sich bringen. So sind umfangreiche Neueinziehungen angeordnet worden, die sich bis auf die Fünfzigjährigen erstrecken. Die neuen Mannschaften werden im wesentlichen aus der allgemeinen und der Ausfuhrindustrie genommen, die im Interesse der Aufrechterhaltung der weltwirtschaftlichen Stellung Englands bisher möglichst geschont wurden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171115/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG